

## Bündnis fordert bezahlbares Sozialticket für Rheinland-Pfalz

# Bündnis „Mobilität für alle!“

„Mobilität für alle!“, das ist die Forderung des gleichnamigen Bündnisses für die Einführung eines bezahlbaren Sozialtickets in Rheinland-Pfalz. 14 Verbände, Organisationen und Initiativen haben als Bündnispartner, in dessen Gremium auch SoVD-Landesvorsitzender Richard Dörzapf mitarbeitet, ihre Umsetzungsvorschläge und Erwartungen an die Landesregierung in Mainz vorgestellt.

„Bedürftigen stehen monatlich 27,85 Euro für den Öffentlichen Personenverkehr zur Verfügung. Mobilität in einem angemessenen Umfang kann man zu diesem Preis nirgendwo in Rheinland-Pfalz erhalten“, sagt Dietmar Muscheid, Sprecher des Bündnisses und Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz, und nennt zwei Beispiele: „27,85 Euro, das sind gerade einmal fünf Hin- und Rückfahrten mit dem Zug von Worms nach Frankenthal. In Mainz kostet das Sozialticket mehr als 60 Euro. Nicht einmal ein halbes Monatsticket können sich Hartz-IV-Empfänger dort vom Regelbedarfsanteil leisten.“

Wer sich das Ticket dennoch kauft, muss das Geld in anderen Bereichen abgeben. Das Existenzminimum wird also zwangsläufig unterschritten, Mobilität wird verhindert. Die Folge: Menschen mit geringem Einkommen müssen wählen zwischen Essen oder Bus fahren. Die Konsequenz ist soziale Isolation – mit ent-



Foto: Michael Eichler/fotolia

**Mit einem Sozialticket können auch Menschen mobil bleiben, die mit sehr wenig Geld auskommen müssen.**

sprechenden gesamtgesellschaftlichen Folgekosten.

Das Bündnis „Mobilität für alle!“ fordert deshalb die Landesregierung auf, in der laufenden Legislaturperiode eine Lösung für bezahlbare Mobilität in Rheinland-Pfalz zu schaffen. Denn Armutsbekämpfung und Verkehr sind Länderaufgaben.

„Mit bezahlbarer Mobili-

tät für alle könnte das Land einen ganz konkreten, wirksamen Beitrag zur Bekämpfung von Armut leisten, der die Lebenssituation hunderttausender Menschen im Land verbessern würde“, sagt Dietmar Muscheid. „Andere Bundesländer sind uns auf diesem Wege bereits einen Schritt voraus, beispielsweise Nordrhein-Westfalen.“

## Ortsverband Unnau auf der Gesundheitsmesse in Bad Marienberg

# Für den SoVD geworben

Im Frühjahr 2018 fand wieder die Gesundheitsmesse in Bad Marienberg statt. Der SoVD beteiligte sich zum sechsten Mal mit einem Infostand, um die Messebesucher auf den Verband und sein Angebot aufmerksam zu machen.

Stadtbürgermeisterin Sabine Willwacher begrüßte die zahlreichen Besucher und fast 80 Aussteller. Auch der diesjährige Schirmherr der Messe, Detlev Placzek, Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, lobte in seiner Eröffnungsrede das umfassende Angebot sowie die gelungene Arbeit der Organisatoren.

Nach dem Empfang begab sich das Komitee auf einen Rundgang durch die Ausstellung. Hierbei informierte man sich auch am Stand des SoVD-Ortsverbandes Unnau. Die Aktion zum Equal Pay Day weckte dabei das besondere Interesse von Detlev Placzek.

Er lobte, dass der SoVD sich seit Jahren an dieser Aktion beteiligt.

Am Messestand hatte das Helferteam alle Hände voll zu tun, um die Stofftaschen mit Infomaterial zu bestücken und den interessierten Besuchern auszuhändigen. Auch die verschiedenen Themenflyer wurden dankend angenommen. Die Standbetreuung in diesem Jahr hatten Barbara Metzger, Ute Hastrich, Gudrun und Heinz Kempf sowie Jürgen Metzger übernommen. Sie boten die Besucher gerne und erklärten ihnen die Aufgaben und Ziele des SoVD sowie die Aktion „Equal Pay Day“.



**Heinz und Gudrun Kempf betreuen den SoVD-Messestand in Bad Marienberg mit viel Elan.**



## Kolumne

# Umgang mit der AfD nach der Bundestagswahl

Liebe Freundinnen und Freunde,

der SoVD setzt sich seit seiner Gründung vor mehr als 100 Jahren für solidarische, freiheitliche Rechte und gegen Diktatur und Rechtsextremismus ein.

Der SoVD erkennt die demokratische Wahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler bei der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag an.

Der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag ist für den SoVD ein Zeichen einer voranschreitenden Spaltung der Gesellschaft und einer tiefen Unzufriedenheit mit der Politik der vergangenen Jahre. In der AfD werden nachweislich rechtspopulistische, fremdenfeindliche und rechtsextreme Positionen vertreten und Rechtsextremisten geduldet. Dies ist mit den Werten des SoVD unvereinbar.

Solange dies der Fall ist, wird der SoVD sich nicht an der Normalisierung der AfD als konservative Fraktion im Deutschen Bundestag beteiligen. Er wird mit der Partei und der Fraktion nicht aktiv zusammenarbeiten, das heißt, sie nicht zu eigenen Veranstaltungen einladen, Fachgespräche anbahnen, keine AfD-Veranstaltungen besuchen und ihr auch keine Schreiben und Publikationen zukommen lassen. Der SoVD wird sich auch nicht als Sachverständiger für die AfD in Ausschusshörungen benennen lassen, soweit ihm möglich. Er wird Anträge und Initiativen auch dann nicht unterstützen, wenn sie inhaltlich Forderungen des SoVD aufgreifen.

Aus Respekt vor und in Anerkennung der demokratischen Institution Deutscher Bundestag und seiner Ausschüsse wird der SoVD die Funktionsträger des Deutschen Bundestages (Bundespräsident und seine Stellvertreter, Vorsitzende der ständigen Ausschüsse, Ausschussmitglieder) in parlamentarischen Abläufen so behandeln, wie es Funktion bzw. Amt erfordern.

Mit freundlichen Grüßen  
Richard Dörzapf, 1. Landesvorsitzender

## Behindertenparkplätze

Das Sozialministerium will landesweit einheitliche Regeln für Parkerleichterungen auf Behindertenparkplätzen schaffen. Bisher sind diese Plätze nur Behinderten mit einer außergewöhnlichen Gehbehinderung – Merkzeichen „aG“ – vorbehalten. Aber es gibt viele Personen, die vorübergehend in ihrer Gehfähigkeit gravierend eingeschränkt sind. Für sie haben andere Bundesländer bereits Regelungen geschaffen. Das Saarland will nun nachziehen. Der SoVD begrüßt die Absicht des Sozialministeriums ausdrücklich. Bereits in dem letzten Dialog mit Ministerin Bachmann hatte der 2. Landesvorsitzende und 1. Vorsitzende des Bezirksverbandes Saarpfalz, Hans-Heinrich Rödle, dies zum Thema gemacht und um eine sinnvolle Lösung gebeten. Hans-Heinrich Rödle freut sich: „Ich habe mir die in den anderen Bundesländern getroffenen Regelungen angeschaut und werde darauf achten, dass auch im Saarland den Bedürfnissen möglichst vieler schwerbehinderter Menschen entsprochen wird.“